

Hier klicken, um die optimierte Version im Browser anzuzeigen.



Europäisches Parlament
Verbindungsbüro
in Deutschland

EP.NEWS

Juli 2022

Monatlicher Newsletter des Verbindungsbüros
des Europäischen Parlaments in Deutschland



Gas und Atom- kraft fördern?

Wie nachhaltig sind Investitionen in Gaspipelines
oder Atomkraftwerke? Im Rechtsakt zur

EU-Kommission vor, auch Investitionen in Gas und Atomkraft mit dem EU-Nachhaltigkeitslabel zu versehen. Am Mittwoch stimmt das Parlament darüber ab.

[zum Artikel](#)



EU-Beitritt

In einer historischen Entscheidung wurden Ukraine und Moldawien zu EU-Beitrittskandidaten. Bereits seit etlichen Jahren versuchen die Länder des Westbalkans der EU beizutreten. Am Dienstag, den 5. Juli 2022, diskutieren die Europaabgeordneten, wie weit die dafür notwendigen Reformen in Serbien, Kosovo sowie Bosnien und Herzegowina fortgeschritten sind.

[zum Artikel](#)

EU-Sommer-

Akademie

Das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments veranstaltet in Berlin Anfang August eine 4-tägige EU-Sommer-Akademie für gemeinsamfür.eu-Unterstützer*innen und Juniorbotschafter*innen der Botschafterschulen des Europäischen Parlaments.

 [zum Artikel](#)



Die Plenarwoche

Thementicker - Wichtige Ereignisse im Überblick.



Terminkalender

Ausgewählte Veranstaltungen und Termine der Plenarwoche.

SOZIALE NETZWERKE

EP bei Facebook, Twitter & Co.





EU-Taxonomie: EP stimmt über Gas und Atomkraft ab

Um Investitionen in umweltfreundliche Technologien zu fördern, hat die EU bereits 2020 eine Klassifikation "grüner", nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten eingeführt. Ein EU-weit einheitliches Klassifikationssystem soll Unternehmen und Anleger*innen Klarheit verschaffen und privates Kapital für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft mobilisieren.

Ökologisch nachhaltig sind unter anderem Investitionen zur Eindämmung des Klimawandels, zum Schutz von Ökosystemen oder für mehr Biodiversität. Zusätzlich sollten auch sogenannte Übergangstechnologien als nachhaltig

notwendig sind.

Umwelt- und Wirtschaftsausschuss stimmten knapp gegen Gas und Atomkraft

Im März 2022 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Vorschläge für diese Übergangstechnologien in einem [delegierten Rechtsakt zum Klima \(CDA\)](#). Demnach sollten auch Gas und Atomenergie als nachhaltige Investitionen gelten. Diese Ausnahme wäre zeitlich begrenzt und würde von spezifischen Bedingungen und Transparenzanforderungen abhängen.

Die Ausschüsse für Umwelt und Gesundheit sowie für Wirtschaft und Finanzen konnte die Kommission mit ihrem Vorschlag nicht überzeugen. Am 14. Juni stimmten sie gemeinsam gegen diesen delegierten Rechtsakt.

Absolute Mehrheit für Ablehnung erforderlich

Nun muss das gesamte Parlament über den Vorschlag der Kommission entscheiden. Dies wird am Dienstagnachmittag im Plenum diskutiert. Am Mittwoch ab 12 Uhr stimmt das Plenum [über den Vorschlag ab](#). Wird der Einwand der beiden Ausschüsse von mindestens 353 Europaabgeordneten unterstützt, muss die Kommission ihren Vorschlag zurückziehen oder verändern.

Mit dem Einspruchsverfahren des Parlaments haben die Abgeordneten zwar die Möglichkeit, den Vorschlag der beiden Ausschüsse anzunehmen und ein Veto gegen den Rechtsakt der Kommission einzulegen, sie können den Vorschlag der Kommission aber nicht ändern.

Delegierte Rechtsakte nur nach öffentlicher Konsultation und Folgenabschätzung

Wie die Abstimmung im Plenum verlaufen wird, lässt sich angesichts der knappen Mehrheit in der Ausschussbefassung kaum absehen. Mit [76 Ja-Stimmen bei 62 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen](#) wurde der Einspruch gegen Gas und Atomkraft in den Ausschüssen für Umwelt und Wirtschaft angenommen.

Dass Kernenergie und fossile Gase beim Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen, erkennen die Europaabgeordneten der beiden Ausschüsse an. Allerdings steht der Kommissionsvorschlag ihrer Auffassung nach im Widerspruch zu Artikel 3 der EU-Taxonomie: Die von der Kommission vorgeschlagenen Übergangstechnologien entsprechen nicht den Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten.

Im Entwurf der Entschließung fordern die Abgeordneten der Ausschüsse für Umwelt und Wirtschaft außerdem, dass zukünftige delegierte Rechtsakte zur Taxonomie nur nach einer öffentlichen Konsultation und einer Abschätzung der Folgen verabschiedet werden sollten.

Weitere Informationen

[Pressemitteilung der beiden Ausschüsse vom 14.06.2022, Taxonomy: MEPs object to Commission's plan to include gas and nuclear activities](#)

[Vorschlag der EP-Ausschüsse](#)

[Warum braucht die EU eine Taxonomie?](#)





EU-Beitritt: Westbalkan darf nicht auf das Abstellgleis

Wie lange ein Staat zum EU-Beitritt benötigt, hängt an vielen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Faktoren. Nordmazedonien bewarb sich bereits 2004 und wurde 2005 zum Beitrittskandidaten. Der Beitritt scheitert aber derzeit noch am bulgarischen Veto. Bei Finnland hingegen dauerte es von der Bewerbung bis zum Beitritt nur drei Jahre, ein EU-Rekord.

Neben Nordmazedonien gehören zu den aktuellen Beitrittskandidaten im Westbalkan Albanien, Montenegro und Serbien. [Seit dem 23. Juni 2022](#) haben auch die Ukraine und

die Republik Moldau den Status eines EU-Kandidaten. Bosnien und Herzegowina sowie der Kosovo werden als potenzielle Kandidaten betrachtet.

Der Kosovo hat bisher noch keinen Antrag auf EU-Beitritt gestellt. Bosnien und Herzegowina [tat dies 2016](#), muss aber noch weitere Reformen durchführen, um als Beitrittskandidat anerkannt zu werden. Georgien soll diesen Status erhalten, sobald es die notwendigen Reformen abgeschlossen hat.

Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien überfällig

Bereits im Anschluss an den EU-Westbalkan-Gipfel im Mai 2020 haben die Europaabgeordneten eine Reihe von Empfehlungen angenommen, die auf ein verstärktes Engagement der EU drängen und die Vollmitgliedschaft als Ziel für die Beitrittsländer bestätigen.

Zwar bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der EU im Oktober 2021 ihre Unterstützung für die europäische Perspektive der Westbalkanländer und stellten Initiativen zur Förderung der Region vor. Doch auch beim EU-Westbalkangipfel am 23. Juni 2022 gab es keine konkreten Zugeständnisse der EU-Staats- und Regierungschefs an Länder der Region.

Das Plenum des Europäischen Parlaments hatte bereits [im Mai 2022 kritisiert](#), dass der Rat die längst überfälligen Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien noch nicht offiziell aufgenommen hat. Dieses Versäumnis beschädige die öffentliche Wahrnehmung der EU und berge eine erhebliche Gefahr für die gesamte Erweiterungspolitik.

Mitte Juni forderte der Auswärtige Ausschuss [eine Visa-Erleichterung für Bürger*innen des Kosovo](#). Die Führung der Republik Srpska, eines Teiles von Bosnien und Herzegowina,

müsse auf weitere Provokationen und destabilisierende Maßnahmen verzichten. Wichtig für das Land seien nun freie und faire Wahlen noch 2022. Serbien habe sogar Rückschritte bei wichtigen Reformen gemacht. Das Land wird aufgefordert die EU-Sanktionen gegen Russland mitzutragen.

Welche Kriterien müssen EU-Beitrittskandidaten erfüllen?

Länder, die die Mitgliedschaft der Europäischen Union beantragen, müssen die demokratischen Werte der EU achten. Außerdem müssen Beitrittskandidaten über stabile Institutionen verfügen, die die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit garantieren, eine funktionierende Marktwirtschaft besitzen und die Fähigkeit, die aus der EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen und zu erfüllen.

Um die Erfüllung der sogenannten [Kopenhagener Kriterien](#) zu beurteilen, erstellt die EU-Kommission für alle Beitrittskandidaten jährliche Fortschrittsberichte. Am Dienstag ab 15 Uhr debattieren die Abgeordneten des Europäischen Parlaments die Berichte für Bosnien und Herzegowina, für Serbien und für Kosovo und stimmen am Mittwoch darüber ab. Um der EU beitreten zu können ist die Zustimmung des Parlaments erforderlich.

Weitere Informationen

[EU enlargement: MEPs take stock of developments in the Western Balkans \(EP-Pressemitteilung, 14.06.2022\)](#)





EU- Sommerakademie für Unterstützer*innen des Europäischen Parlaments

Das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Berlin veranstaltet eine Sommer-Akademie für die Mitglieder der [gemeinsamfür.eu](#)-Community und die Juniorbotschafter*innen aus dem [Botschafterschulprogramm des Parlaments](#), um sich gemeinsam über Ideen und Wünsche rund um Europa auszutauschen. Ziel ist es, junge Menschen mit den Werten der

Europäischen Union vertraut zu machen und sie für die Bedeutung demokratischer Prozesse zu sensibilisieren.

Die Sommer-Akademie findet vom 1. bis 4. August 2022 in der Europäischen Akademie in Berlin statt. Die Teilnehmenden kommen aus Deutschland, Österreich und Luxemburg nach Berlin und sind zwischen 16 und 30 Jahren alt. Neben den Grundprinzipien der Europäischen Union setzen sie sich mit aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen auseinander und den Möglichkeiten, sich als EU-Bürger*in aktiv einzubringen.

EU-Werte als Multiplikatoren weitertragen

Das Programm verbindet gemeinsames Lernen und Teambuilding. Die Teilnehmenden lernen Methoden kennen, um ihr Wissen als Multiplikatoren weiterzugeben. Mit einem Besuch in der [Erlebnis-Europa-Ausstellung](#) des Verbindungsbüros am Pariser Platz in Berlin, der Reichstagskuppel und einer Stadtführung lernen die Teilnehmenden welchen Einfluss die EU auch auf das politische Berlin und die Bürger*innen in Deutschland hat.

Die Teilnehmenden werden zudem mit Europaabgeordneten über ihre Arbeit und europäische Politik sprechen. Die Sommerakademie endet mit Teambuilding-Aktivitäten im Kletterpark. Nach der Sommer-Akademie können die Teilnehmenden dann selbst Freunde und Bekannte über die Werte der EU und die Bedeutung demokratischer Prozesse informieren.

Weitere Informationen

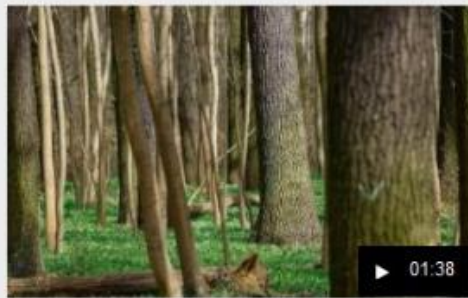
gemeinsamfür.eu

[Erlebnis Europa in Berlin](#)



Kohlenstoffsinken

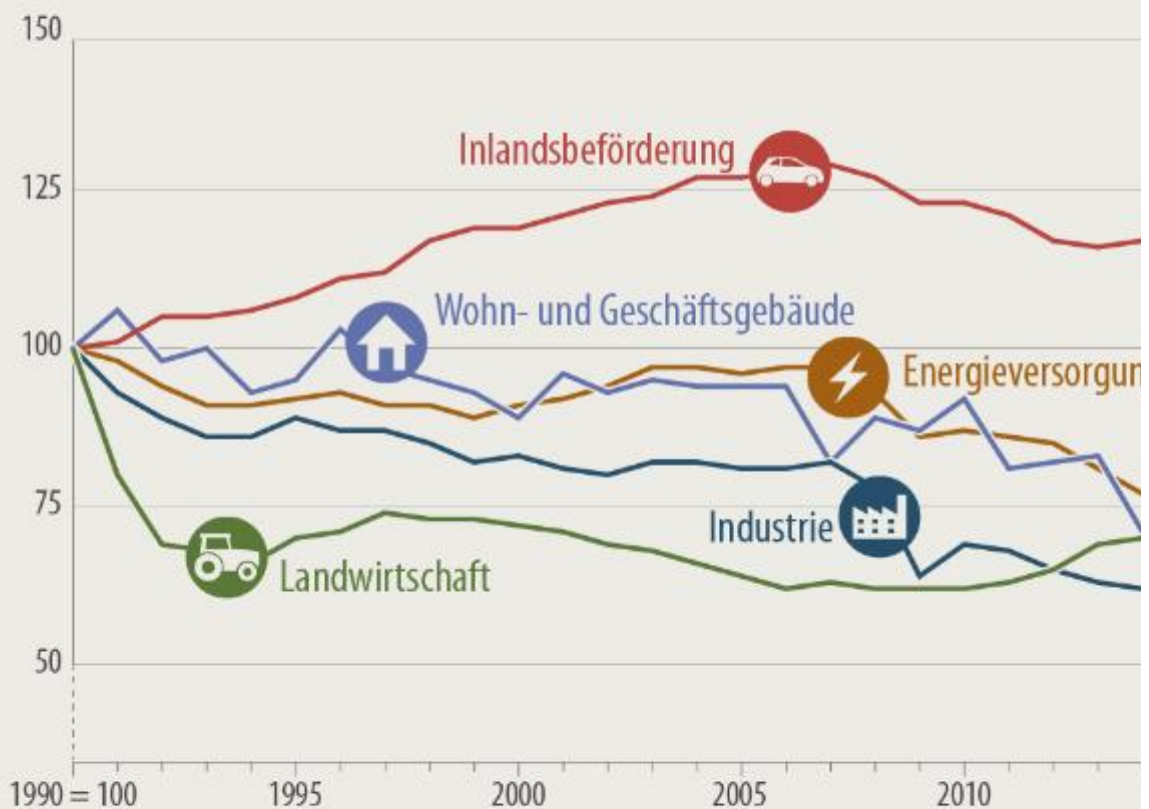
Europas Kohlenstoffsinken schrumpfen. Um bis 2050 klimaneutral zu sein, reformiert das Europäische Parlament die Bodennutzung. So sollen Felder, Wälder und Moore mehr CO₂ binden und die Erderwärmung begrenzen.



Kohlenstoffsinken: Nutzung von Wäldern und Agrarland

EMISSIONEN IN DER EU

Entwicklung der CO₂-Emissionen nach Sektor seit 1990
(in CO₂-Äquivalenten)

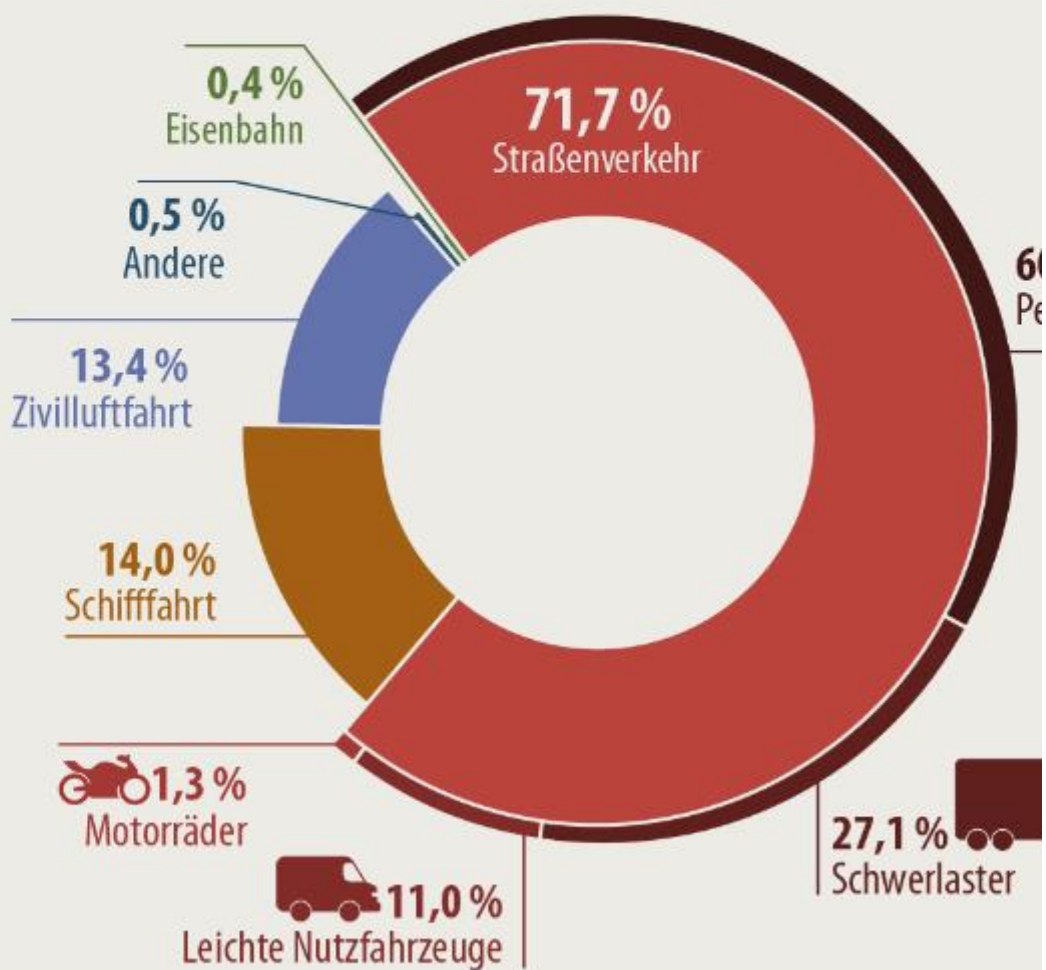


* Daten ohne das Vereinigte Königreich (EU-27)

Quelle: Europäische Umweltagentur, 2022

VERKEHRSBEDINGTE EMISSIONEN IN DER EU

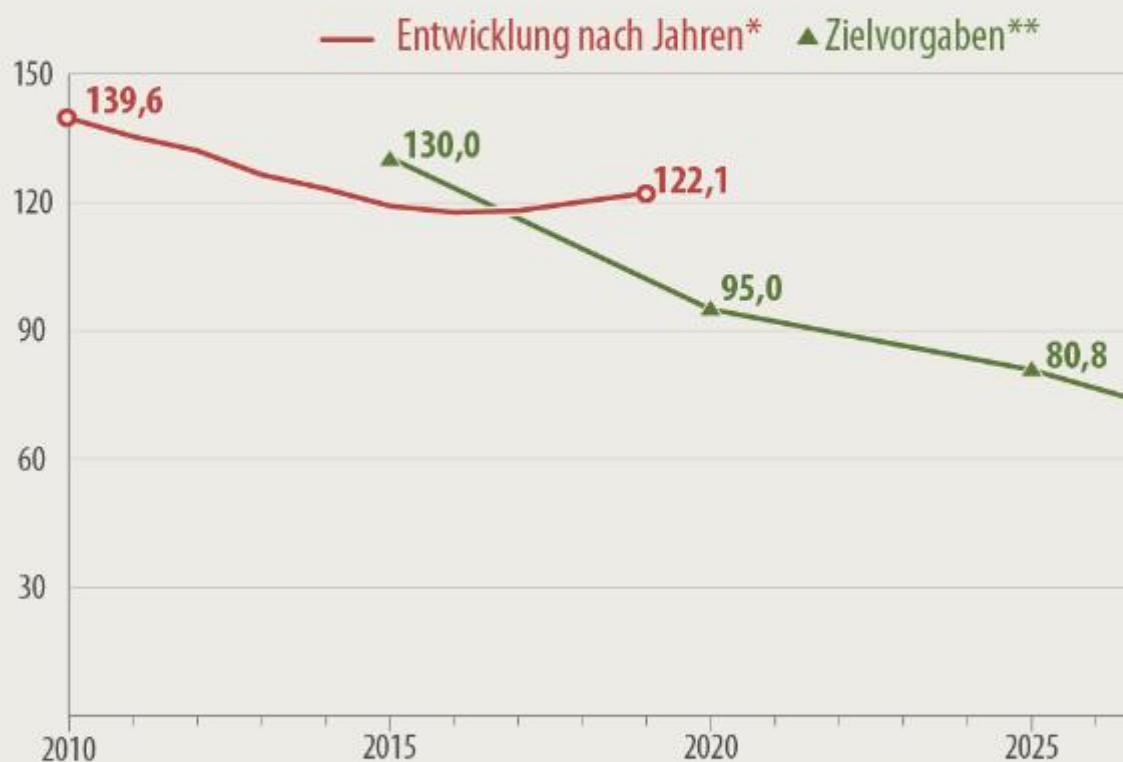
Aufschlüsselung der CO₂-Emissionen nach Verkehrsträgern



Quelle: Europäische Umweltagentur, 2022

ENTWICKLUNG DER CO₂-EMISSIONEN VON NEUEM

In g CO₂ pro km



* Geschätzt für 2010, 2011 und 2012

** Indikative Zielvorgaben, berechnet von der Europäischen Umweltagentur (EUA) gemäß der Verordnung (EU) 201

Quellen: Eurostat (sdg_12_30); Europäische Umweltagentur (EEA), 2021

EP Gespräch



Alexandra C
zum Digital Se



PODCAST



Die Plenarwoche

Thementicker - Wichtige Ereignisse
im Überblick



Montag, 4.7. ab 17 - 23 Uhr

Debatten

- Recht auf Abtreibung in der EU nach der Entscheidung des US-Gerichtshofes
- Todesfälle und Gewalt an der spanisch-marokkanischen Grenze
- Gesetz über digitale Dienste und Gesetz über digitale Märkte
- Einführung des Euro in Kroatien zum 1. Januar 2023
- Frauenarmut in Europa
- Kurze Darstellung folgender Berichte:
 - Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen zwischen der EU und Interpol
 - Handel und Investitionen im indopazifischen Raum
 - Handel und Investitionen zwischen EU und Indien



Dienstag, 5.7. 9 - 22 Uhr

Debatten

- Gemeinsame europäische Maßnahmen im Bereich Pflege und Betreuung
- Psychische Gesundheit in der digitalen Arbeitswelt
- „This is Europe“ mit dem griechischen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis
- Initiativen der EU zur Bewältigung der steigenden Lebenshaltungskosten

- Ehrgeizigere EU-Ziele für biologische Vielfalt im Vorfeld der COP 15
- Einwand: Änderung des delegierten Rechtsakts zur Klimataxonomie und des delegierten Rechtsakts zur Offenlegung der Taxonomie
- Bericht 2021 über Bosnien und Herzegowina
- Bericht 2021 über Serbien
- Bericht 2021 über das Kosovo
- Die EU und die Verteidigung des Multilateralismus
- Verbesserung der Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern

Abstimmungen (final)

- Gesetz über digitale Dienste
- Gesetz über digitale Märkte
- Einführung des Euro in Kroatien zum 1. Januar 2023
- Befristete Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels für Moldau
- Frauenarmut in Europa
- Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen zwischen der EU und Interpol
- Strategie für den indopazifischen Raum (Handel und Investitionen)
- Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Indien (Handel und Investitionen)
- Gemeinsame europäische Maßnahmen im Bereich Pflege und Betreuung
- Psychische Gesundheit in der digitalen Arbeitswelt
- Bankenunion – Jahresbericht 2021



Mittwoch, 6.7.9 - 23 Uhr

Debatten

- Tätigkeitsprogramm des tschechischen Ratsvorsitzes
- Schlussfolgerungen des EU-Gipfels vom 23./24. Juni 2022
- Neues Gesetz über das Protokoll zu Nordirland der britischen Regierung

landwirtschaftlicher Erzeugnisse

- Europäische Investitionsbank Jahresberichte 2020 und 2021
- Beziehungen Russlands zu extremistischen europäischen Parteien
- Besteuerung von Zufallsgewinnen von Energiekonzernen
- Das Cotonou-Nachfolgeabkommen
- Schutz der EU-Finzen – Betrugsbekämpfung – Jahresbericht 2020
- Menschenrechtsverletzungen, Verstöße gegen Demokratie und Rechtsstaat:
 - Verhaftung von Kardinal Zen und Treuhänder des 612-Hilfsfonds in Hongkong
 - Die Situation indigener Rechte und von Umweltschützern in Brasilien, Ermordung von Dom Phillips und Bruno Pereira
 - Die Lage in der Autonomen Provinz Berg-Badachschan in Tadschikistan
- **Abstimmungen (final)**
- Änderung der Geschäftsordnung des Parlaments: Artikel 216
- Einwand: Änderung des delegierten Rechtsakts zur Klimataxonomie und des delegierten Rechtsakts zur Offenlegung der Taxonomie
- Einwand: Anwendung von Positionslimits für Warenderivate
- Russlands Krieg in der Ukraine: Krisenmaßnahmen für Fischerei und Aquakultur
- Bericht 2021 über Bosnien und Herzegowina
- Bericht 2021 über Serbien
- Bericht 2021 über das Kosovo
- Die EU und die Verteidigung des Multilateralismus
- Verbesserung der Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern
- Der EU-Aktionsplan für die Sozialwirtschaft
- Intersektionelle Diskriminierung in der EU
- Einzelstaatliche Vetos zur Unterwanderung des globalen Steuerabkommens



Donnerstag, 7.7. 9 - 16 Uhr

Debatten

- Die jüngste Hitzewelle und Dürre in der EU
- Nachhaltiger Flugkraftstoff (Initiative „ReFuelEU Aviation“)
- Bessere Rechtsetzung: Mit vereinten Kräften für bessere Rechtsvorschriften

Abstimmungen (final)

- Verhaftung von Kardinal Zen und Treuhänder des 612-Hilfsfonds in Hongkong
- Die Situation indigener Rechte und von Umweltschützern in Brasilien, Ermordung von Dom Phillips und Bruno Pereira
- Die Lage in der Autonomen Provinz Berg-Badachschan in Tadschikistan
- Nachhaltiger Flugkraftstoff (Initiative „ReFuelEU Aviation“)
- Europäische Investitionsbank Jahresberichte 2020 und 2021
- Schutz der EU-Finzen – Betrugsbekämpfung – Jahresbericht 2020
- Bessere Rechtsetzung: Mit vereinten Kräften für bessere Rechtsvorschriften
- Recht auf Abtreibung in der EU nach der Entscheidung des US-Gerichtshofes

[Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 4. bis 7. Juli](#)

[Die fortlaufend aktualisierte Tagesordnung mit Links zu allen relevanten Dokumenten](#)

[Die Plenartagung des Europäischen Parlaments und alle Pressekonferenzen im Livestream](#)

[Webseite des Multimediazentrums des EP \(EN\)](#)



Terminkalender

Ausgewählte Veranstaltungen und Termine der
Plenarwoche im Überblick.

Aus dem Europäischen Parlament:



11. - 14. Juli 2022

29. August - 2. September 2022

Ausschuss-Sitzungswoche in Brüssel



12. - 15. September 2022

Plenartagung in Straßburg

Aus dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland:

Alle Termine mit weiteren Informationen und Links gibt es zu
gegebener Zeit auf www.europarl.de



Samstag, 20. August & Sonntag, 21. August
2022, 10 - 18 Uhr, Berlin

Tag der offenen Tür der Bundesregierung

Die Vertretung der EU-Kommission und das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments sind mit einem Informationsstand im Auswärtigen Amt in Berlin vertreten.

[Programm demnächst hier](#)



Mittwoch, 14. September 2022, 9 - 12 Uhr,
München, Cafe Luitpold

SOTEU – Rede zur Lage der EU von Kommissionspräsidentin von der Leyen

Die EU-Kommissionspräsidentin stellt im Europäischen Parlament in Straßburg die Herausforderungen für Europa vor und zeigt, welche Prioritäten die Kommission setzen will. In München wird die Rede live gestreamt im Cafe Luitpold und mit Expert*innen und Bürger*innen diskutiert.

[Alle Informationen werden hier veröffentlicht](#)



ERLEBNIS EUROPA am Brandenburger Tor
ist täglich zwischen
10:00 und 18:00 Uhr geöffnet!

völlig neue Art und Weise kennen.

In der Ausstellung erfahren Sie, wie europäische Politik gestaltet wird und wie Sie selbst aktiv werden können. Und das in 24 europäischen Sprachen! Im 360°-Kino können Sie außerdem eine Plenarsitzung des Europäischen Parlaments miterleben.

Der Eintritt ist frei. Es gilt die 2G-Regel sowie Maskenpflicht.

ERLEBNIS EUROPA - Die Ausstellung im Europäischen Haus Berlin

Am Brandenburger Tor, Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel: +49 30 2280 2900 , frage@erlebnis-europa.eu,
www.erlebnis-europa.eu

Kontakt &
Impressum

Pressedienst in Berlin, Deutschland

Judit Hercegfalvi, Pressereferentin

Telefon: +49(0)30 2280 1080

Thilo Kunzemann, Pressereferent

Telefon: +49(0)30 2280 1030

Philipp Bauer, Pressereferent

Telefon: +49(0)30 2280 1025

» presse-berlin@ep.europa.eu

Pressedienst in Brüssel & Straßburg

Armin Wisdorff, Pressereferent

Telefon: +32 228 409 24 (Brüssel)

Telefon: +33 388 173 780 (Straßburg)

Mobil: +32 498 98 13 45

» presse-DE@europarl.europa.eu

Bildnachweis/Copyright

© Bildpool des Europäischen Parlaments bzw. der Europäischen Union. Alle Rechte vorbehalten.



Europäisches Parlament
Verbindungsbüro
in Deutschland

Europäisches Parlament
Verbindungsbüro in Deutschland
Georg Pfeifer, Leiter
Unter den Linden 78
10117 Berlin

» www.europarl.de

Rechtlicher Hinweis

EP.NEWS abbestellen

Wenn Sie die EP.NEWS nicht mehr erhalten möchten, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff » Abbestellen « an:

» EPBerlin-Newsletter@ep.europa.eu

EP.NEWS an eine andere E-Mail

Wenn Sie die EP.NEWS an eine andere E-Mail erhalten möchten, schicken Sie Ihren Änderungswunsch mit dem Betreff » Andere Adresse « an:

» EPBerlin-Newsletter@ep.europa.eu